



Stellungnahme der IG Metall NRW

zum Antrag der Fraktion der SPD

„NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen“, Drucksache 18/1692.

Zur Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 01.02.2023.

Düsseldorf, 25.01.2023



Die IG Metall NRW bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der IG Metall Bezirk Nordrhein-Westfalen organisiert landesweit rund 500.000 Mitglieder. In 33 Geschäftsstellen vor Ort setzen sich die Beschäftigten der IG Metall, Betriebsräte und die IG Metall-Mitglieder für zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie faire Arbeitsbedingungen und Einkommen in der Metall- und Elektroindustrie, Stahlindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Informationstechnologie, Holz- und Kunststoffindustrie sowie im Handwerk ein. Die aktuelle Transformation verstehen wir auch als eine sozialpartnerschaftliche Gestaltungsaufgabe.

Der Antrag der SPD thematisiert die Notwendigkeit einer aktiven Wirtschaftspolitik. Wir beschränken uns in unserer Stellungnahme auf einen Teilbereich, eine aktive Industriepolitik.

Aktive Industriepolitik

Die Industrie in Nordrhein-Westfalen steckt in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, Digitalisierung und Turbulenzen auf den internationalen Märkten verändern alles. Die Folgen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine beschleunigen diesen Wandel zusätzlich. Die Transformation trifft viele Regionen und viele Branchen der IG Metall. Die Politik muss den Wandel aktiv begleiten und gestalten, mit Blick auf gute Arbeit der Zukunft und Klimaschutz. Es gilt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen. Und es gilt, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten, damit industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft haben – und der Wandel unseren sozialen und ökologischen Standards gerecht wird. Die Transformation darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden, sonst drohen massive gesellschaftliche Verwerfungen und Wohlstandsverluste.

Die IG Metall versteht aktive Industriepolitik in einem ganzheitlichen Ansatz im Sinne von industriepolitischer Rahmensetzung, strukturpolitischer Gestaltung industrieller Zukunft in Regionen und Branchen und der Entwicklung industrieller Standorte und Arbeitsplätze mit guter Arbeit. Eine so angelegte Industriepolitik gestaltet den Strukturwandel und entwickelt das Industriemodell der Zukunft: sozial gerecht – ökologisch nachhaltig – demokratisch legitimiert.ⁱ

Eine aktive Industriepolitik braucht Planungssicherheit, eine kluge und verlässliche Regulierung. Sie braucht Förderinstrumente, die Standorte, Beschäftigung und gute Arbeit sichern und zukunftsfest weiterentwickeln, die an Kriterien sozial verantwortlicher und nachhaltiger Unternehmensführung orientiert sind, den ökologischen Umbau fördern und vollständige industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben. Sie braucht dabei einen fairen wettbewerbspolitischen Rahmen, der der Politik nicht alle



Instrumente der Steuerung und Abfederung aus der Hand schlägt. Vor der letzten Bundestagswahl hat die IG Metall ihre Forderungen noch einmal umrissen:

- Öffentliche Förderpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette weiterentwickeln mit dem Ziel, die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung im Land zu sichern und aufzubauen. Auf diesem Weg auch private Investitionen generieren.
- Branchenspezifische Fördermaßnahmen und anwendungsbezogenen Förderpolitik ausbauen, z.B. Transformationsfonds für die Umstellung auf grünen Stahl, Orientierung der Luftfahrtforschung auf CO₂-armes Fliegen, Ausgestaltung des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung.
- Staatliche Beteiligungen und öffentliche Förderpolitik an Kriterien binden: Standort- und Beschäftigungssicherung, Aufbau geschlossener Wertschöpfungsketten, Gute Arbeit, gute Unternehmensführung, ökologische Nachhaltigkeit.
- Öffentliches Beschaffungswesen als Vorbild und Vorreiter einer sozialen und ökologischen Transformation ausgestalten.
- Öffentliche Investitionen in Infrastrukturen erhöhen, v.a. für die Sicherung und den Ausbau öffentlicher Verkehre, für ein Lade- und ein H₂-Netz, für die Sicherung kritischer Infrastrukturen.
- Kritische Infrastrukturen über (erweiterte) Regelungen der Außenwirtschaftsverordnung schützen; schleichende Verlagerungen von Produktions- und Entwicklungskapazitäten und Know-How verhindern.
- Resiliente Lieferketten aufbauen; Potenziale der heimischen Industrie nutzen (wie z.B. der Bahnindustrie für Schienennetz, Stellwerke sowie Verkehrssteuerungs- und Leitsystem, oder der Maschinen des deutschen Textilmaschinenbaus für die Produktion von Schutzkleidung und Masken).
- Rohstoffversorgung langfristig strategisch sichern, Kreislaufwirtschaft fördern.
- Bereits beschlossene Konzepte wie die nationale Industriestrategie 2030, die Digitalisierungs- und Wasserstoffstrategien oder das Handlungsprogramm Stahl zügig umsetzen
- Über einen staatlichen Transformationsfonds mithilfe von Beteiligungen zusätzliche private Investitionen zur Bewältigung der Transformation stimulieren

Darüber hinaus halten wir eine Reform der europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergabepolitik für notwendig:



- Die europäische Wettbewerbspolitik (insbesondere Kartell- und Fusionsrecht) sollte den globalen Wettbewerb als Bezugsrahmen wählen und die Bündelung europäischer Kräfte, also „Europäische Champions“, erlauben.
- Das europäische Wettbewerbsrecht muss eine aktive Industriepolitik der Mitgliedsstaaten zur Gestaltung der Transformation erlauben, z.B. bei der Überarbeitung der Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen oder bei der Aktualisierung der Beihilfevorschriften im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation.
- Die geplante Reform der EU-Beihilfen muss den Mitgliedsstaaten in Zukunft größtmögliche Entscheidungsfreiheit einräumen, um den betroffenen Regionen, auch strukturstarke, Fördermittel zur Verfügung zu stellen

In Nordrhein-Westfalen beteiligt sich die IG Metall am „ZukunftsdialoG Industrie“ und der Fortschreibung des „Industriepolitischen Leitbildes“, das auf vorangegangenen Prozessen aufsetzt (Industriepolitische Leitlinien (2016), Industriepolitische Leitbild (2019)).

Planungssicherheit für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW, indem die Landesregierung einen konkreten Fahrplan aufzeigt, welche Wirtschaftszweige wann und mit welcher Hilfe rechnen können.

Es wurde schon oft darauf hingewiesen, dass an vielen Stellen der laufenden Transformation die Zeitschienen von politischen Zieldaten, Investitions- und Innovationszyklen und politischer Rahmensetzung nicht übereinander passen. So war es aus Sicht der IG Metall und vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine außerordentlich positive Nachricht, dass die Landesregierung thyssenkrupp Steel bei der Errichtung einer Direktreduktionsanlage in Duisburg unterstützen wird und damit den Einstieg in eine klimaneutrale Stahlproduktion in NRW. Gleichzeitig fehlen noch regulatorische Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene. Gleiches gilt für die notwendige Infrastruktur vor der Haustür. Für den sozial- und klimaverträglichen Umbau müssen ganze Industrie*systeme* bewegt werden. Aktive Industriepolitik auf den unterschiedlichen Politikebenen ist dabei ein Baustein und aus unserer Sicht unverzichtbar.

Die Einrichtung eines 30 Mrd. € schweren Transformationsfonds, der mit überwiegend privaten Mitteln strategische Beteiligungen an Unternehmen erwirbt, die in der sozial-ökologischen Transformation auf neue Geschäftsmodelle, neue Energieträger oder eine kreislauforientierte Produktion umstellen.

Die IG Metall fordert u.a. in einem gemeinsamen Papier mit dem BUND vom Oktober 2021 eine Forcierung der regionalen Strukturpolitik, weil Regionen und Wirtschaftsbereiche in ganz



unterschiedlicher Weise von der Transformation betroffen sind. Insbesondere die Mobilitätsindustrien müssen so schnell wie möglich ihre Produkte, ihre Produktion und ihre Wertschöpfungsketten anpassen, absolut deutlich weniger Ressourcen verbrauchen und weniger Treibhausgase emittieren bzw. Energie verbrauchen. Dabei geht es auch um sichere Perspektiven für gute Arbeit. Die IG Metall hat sich deshalb auf Bundesebene massiv für die Förderung regionaler Transformationsnetzwerke für die Fahrzeugindustrie eingesetzt, von denen es mittlerweile drei Förderfälle in NRW gibt.

Transformationsfonds sind ein weiterer wesentlicher Baustein. Diese werden benötigt zur Förderung neuer Geschäftsmodelle mit nachhaltigen Produkten und Prozessen, zur Förderung von Weiterbildungsverbänden und Reallaboren für integrierte und integrative nachhaltige Mobilitätskonzepte, um Beteiligungs- und Investitionskapital für kleine und mittelständische Unternehmen mit geringer Kapitaldecke bereitzustellen.

Auf Länderebene hat der Landtag des Saarlandes Anfang Dezember 2022 einen kreditfinanzierten Transformationsfonds in Höhe von drei Milliarden € beschlossen. Ziel ist es, die staatlichen Kosten des infolge des Ukraine-Krieges rasant gestiegenen Transformationstempos über ein Sondervermögen zu finanzieren. Als Weg wurde die Feststellung einer Notsituation im Sinne von § 2 Abs. 1 HStabG gewählt, die sich der Kontrolle des Landes entzieht und die Finanzsituation des Landes erheblich beeinträchtigt. Wenn dieser saarländische Weg auch für einen „Transformationsfonds NRW“ in rechtlicher und ökonomischer Hinsicht übertragbar ist, sollte die Landesregierung dies umsetzen.

Unterstützung eines Industriestrompreises auf Bundesebene, um die energieintensive Industrie in NRW zu stärken.

Schon vor dem Krieg in der Ukraine stellten hohe Energiepreise eine Herausforderung für die energieintensive Industrie dar. Seither hat sich die Schere zwischen Deutschland und Ländern wie USA oder China noch weiter geöffnet. Die IG Metall fordert angesichts der Kostenexplosion im Energiesektor deshalb einen garantierten Industriestrompreis für energieintensive Industrien. Mittelfristig benötigen die energieintensiven Branchen ein Konzept, um auch in einer von erneuerbaren Energien dominierten Energiewelt international wettbewerbsfähig zu sein.

Gerade um Standorte und Beschäftigung in der Stahlindustrie abzusichern, sind politische Weichenstellungen nötig. Deutschland ist bei den Energiekosten sowohl im europäischen als auch im globalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähig. Besonders die Stahlindustrie als Grundstoffindustrie hat eine entscheidende Bedeutung für den gesamten Industriestandort. Diese Wertschöpfungskette muss erhalten bleiben. Die Elektroofenroute braucht zum



Überleben noch in diesem Jahr einen Industriestrompreis, der dem internationalen Vergleich standhält.

Einen langfristigen Plan vorlegen, wie der Wirtschaftsstandort NRW über Technologien wie Windkraft, Solarenergie und grünen Wasserstoff eine bezahlbare, grundlastfähige und erneuerbare Energieversorgung erhält.

Energie und Verkehr sind Kernbereiche des Wandels zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Sie müssen umfassend dekarbonisiert werden. Gleichzeitig sind in den betroffenen Branchen bundesweit Hunderttausende Menschen beschäftigt und Millionen weitere Arbeitsplätze hängen von den Zukunftsperspektiven dieser Wirtschaftszweige ab. Gerade NRW als Energieregion Nr. 1 in Deutschland ist hier stark herausgefordert. Mobilitäts- und Energiewende sind daher Schlüsselprojekte, an denen sich entscheidet, ob die Transformation wirklich sozial, ökologisch und demokratisch gelingt.

Wichtigster Treiber ist die Klimapolitik. Die IG Metall bekennt sich zu den Pariser Klimaschutzziele und spricht sich für ambitionierte und realistische Ziele in der europäischen und deutschen Klimagesetzgebung aus. Klimapolitik darf aber nicht bei der Verabschiedung von Zielen stehen bleiben. Sie muss realistische Umsetzungspfade aufzeigen und unterstützen. Die Architektur der Einzelmaßnahmen muss sich dabei am Leitbild der „Just Transition“, der sozial gerechten Transformation ausrichten.

Die Beschleunigung der Energiewende ist das zentrale Projekt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie. Der Transformationsdruck ist u.a. durch den Krieg in der Ukraine und den vorgezogenen Kohleausstieg nochmals gestiegen. Der Energie- und Wärmebedarf in der Industrie ist enorm, insbesondere die Grundstoffindustrie benötigt künftig riesige Mengen erneuerbarer Energie. Der schnellere Ausbau und die Schaffung von Akzeptanz für erneuerbare Energien sind daher die Kernaufgabe der Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft.

Auch in NRW reicht die Geschwindigkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien bislang nicht aus. Ansatzpunkte sind u.a. die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Ausweisung von mehr Flächen für den EE-Ausbau und eine Fachkräfte-Offensive.

Alle Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, die die Kaufkraft in strukturschwachen Regionen anhebt und neuen sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft schafft.

Die IG Metall unterstützt diese Forderung. Laut dem Armutsbericht 2022 des Paritätischen Gesamtverbandes hat die Armutsquote in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Fast 14 Millionen Menschen gelten heute als Arm, 600.000 mehr als vor der Pandemie. Nach diesen



Zahlen ist NRW überdurchschnittlich betroffen, mit einer deutlich negativen Dynamik. Als Problemregion Nr. 1 gilt das Ruhrgebiet.

Zugleich nimmt die Ungleichheit in NRW weiter zu. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Befunde einer empirischen Studie des Institutes für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) zu den ungleichen Lebenslagen in NRW.ⁱⁱ

ⁱ Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema s. Wolfgang Lemb, 2021: Perspektiven eines Industriemodells der Zukunft. Metropolis Verlag, Marburg.

ⁱⁱ Fina, S. et al, 2021: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse für mehr Chancengerechtigkeit und starke Zukunftsperspektiven. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.